

## Zur sozialen Lage in der Ukraine

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1996). *Zur sozialen Lage in der Ukraine*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 17/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46132>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Zur sozialen Lage in der Ukraine

### Zusammenfassung

Vier Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung steht die Ukraine noch immer am Anfang der Übergangsperiode zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die wirtschaftliche Situation ist auch zu Beginn des Jahres 1996 kompliziert und instabil, und die soziale Lage wird von der wirtschaftlichen Misere geprägt. Der Ende 1994 von Präsident Kučma angekündigte Reformkurs soll jetzt eine soziale Komponente bekommen. Dem dienen die vorbereiteten neuen Gesetze über Mindesteinkommen, Arbeitslohn und Existenzminimum. Der zweijährige Kampf zwischen Parlament und Präsident um die Machtkompetenzen erhält nun eine neue Facette: Beide Seiten wollen sich als "Volksverteidiger" profilieren und sprechen jetzt verstärkt von der sozialen Sicherheit. Dabei trägt die Regierung für die Fortsetzung der Reformpolitik die volle Verantwortung, während das Parlament freie Hand für die populistischen Entscheidungen hat.

### Einkommen und Preise

Die soziale Lage in der Ukraine ist durch fortdauernde Verarmung und zunehmende Einkommensunterschiede in der Bevölkerung gekennzeichnet. "Wir haben eine Gesellschaft geschaffen, die die Reichen verfolgt und die Armen fürchtet", - so charakterisierte V. Pinsenik, der damalige erste Vizepremier, die Übergangsphase.<sup>1</sup> Die wirtschaftliche Umgestaltung hat noch kaum begonnen, während sich die soziale Struktur rasch ändert. Die Ukraine ist heute auf dem Weg zu einer neuen Zweiklassengesellschaft: skrupellose Geschäftemacher, "Bisnesmeny", die in kürzester Zeit Unsummen verdienen, sowie die "neue" alte, korrupte Staatsbürokratie auf der einen und der Großteil der verarmten Bevölkerung auf der anderen Seite. Nach der Meinung des Parlamentsvorsitzenden, O. Moroz, vergrößert sich die Kluft zwischen arm und reich: 75% der Bevölkerung sind "sehr arm", und nur 1,5% sind "sehr reich".<sup>2</sup>

Im Jahr 1994 - dem Jahr des großen Wahlmarathons - hatte die Wirtschaftskrise in der Ukraine ihren Höhepunkt erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr sank das ukrainische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 23% und betrug 1994 1.137.794 Mrd. Karbovanzen (Krb.) oder 47,5 Mrd. US-Dollar. Das waren lediglich 44% des BIP von 1990.<sup>3</sup> Im Jahr 1995 schrumpfte das BIP nochmals um 12%. Der Lebens-

<sup>1</sup> Nezavisimost', 8.2.1995, S. 3.

<sup>2</sup> Kievskie vedomosti, 23.2.1995, S. 3.

<sup>3</sup> Kievskie vedomosti, 3.2.1995, S. 7.

standard der Bevölkerung ist weiter gesunken. Das Pro-Kopf-Einkommen ging von 2.467 Dollar im Jahr 1990 auf 912 Dollar im Jahr 1994 zurück.

Der tägliche Kampf ums Überleben ist für sehr viele harte Realität geworden. In dieser Übergangszeit ist eine neue soziale Situation entstanden, die voller Widersprüche ist. Einerseits nehmen die Belastungen der Bevölkerung durch die Wirtschaftskrise kontinuierlich zu, andererseits ist die Anpassungsfähigkeit der Menschen an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse größer geworden. Viele, besonders jüngere Leute gewöhnen sich schnell an die neuen Umstände im wirtschaftlichen Bereich. Da aber die notwendigen Rechtsgrundlagen für eine funktionierende Marktwirtschaft fehlen und Chaos herrscht, wird der Prozeß der "Zivilisierung" und "Normalisierung" dieser Aktivitäten viel Zeit in Anspruch nehmen. Die allgemeine Armut der Bevölkerung verbreitet sich zwar, andererseits erhöhen sich aber die Chancen und Gelegenheiten für Nebenverdienst. Viele Staatsbetriebe stehen still, jedoch entstehen neue Tätigkeitsfelder im Privatsektor.

Da die realen Lebenskosten in der Ukraine, genauso wie in Rußland, kontinuierlich steigen und das Leben immer teurer wird, sehen sich viele Menschen gezwungen, sich illegale Einkommensquellen zu schaffen und ihr tatsächliches Einkommen zu verheimlichen. Dem Staat bleibt nichts anderes übrig als tatenlos zuzusehen, frei nach dem Motto: "Die Rettung der Schiffbrüchigen liegt in ihrer eigenen Hand". Deshalb ist der reale Konsum in der Ukraine 2,5 mal höher als die offiziell versteuerten Einkommen.

Die Nebeneinkommen werden oft von der Statistik nicht erfaßt. Das reale Einkommen des aktiven Teils der Bevölkerung ist sehr schwer zu definieren, weil viele Tätigkeiten auf dem "grauen Markt" angeboten werden. Deshalb macht das offizielle Einkommen vieler Arbeitnehmer nur einen Bruchteil des Realeinkommens aus, das zum größten Teil illegal ist, weil davon keine Steuern bezahlt werden. Nach einigen Schätzungen macht die "Schattenwirtschaft" fast 50% der offiziellen Wirtschaftsleistung aus.

Im Jahr 1995 stiegen die Preise durchschnittlich um 181,7%, was für die Ukraine als Erfolg und Zeichen der Stabilisierung interpretiert wird. Zum Vergleich: 1992 wuchsen die Preise um 2.100%, 1993 um 10.250% und 1994 um 401%. Zum ersten Mal ist 1995 der reale Arbeitslohn nicht gesunken, sondern um 15,1% gestiegen.<sup>4</sup> Der Vizepremier der Ukraine, V. Pinsenik, der für die Wirtschaftsreformen zuständig ist, unterstrich, daß 1995 erstmals seit der Unabhängigkeit eine durchschnittliche Monatsinflation mit einer einstelligen Zahl (9%) zu verzeichnen ist. Diese Erhöhung des realen Arbeitslohns war nur durch die Inflationsbekämpfung möglich, meint V. Pinsenik. Im Juli 1995 lag der durchschnittliche Arbeitslohn bei 7,5 Mio. Krb. (etwa 50 Dollar), was zwei Dritteln des russischen Durchschnittslohns entsprach. Das Problem der Inflationsdämpfung kann aber solange nicht gelöst werden, wie keine Investitionen, auch aus dem Ausland, in die ukrainische Wirtschaft fließen, und es keine stabile Währung gibt. Die zaghafte Reformschritte mit Rückwärtsbewegungen tragen wenig zur Stabilisierung bei.

Seit Anfang 1996 versucht die Regierung von Premierminister Marčuk, die sozialen Härten der Reformen abzumildern und ein System der sozialen Absicherung aufzubauen. Um die Miet- und Preiserhöhungen zu kompensieren, stellt die Regierung für das Jahr 1996 240 Bill. Krb. bereit. So wurden ab 1. Januar 1996 die Löhne und Gehälter im Staatssektor um 12% angehoben.

Aber auf der untersten Stufe der Einkommensleiter stehen die Rentner sowie alte, kranke und alleinstehende Menschen in den Großstädten, weil sie keine Nebeneinkommen haben. Zwar stiegen die Renten und Pensionen 1996 um das 1,9fache und betragen jetzt monatlich zwischen 3,3 und 4 Mio. Krb. Dieses Geld reicht aber kaum für die minimalsten Bedürfnisse bei Lebensmitteln: 10 kg des Hauptnahrungsmittels Kartoffel kosten 1 Mio. Krb., 1 kg Butter und 2 kg Zucker kosten nochmals 1 Mio., und der Rest wird für Brot ausgegeben.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Zerkalo nedeli, 20.1.1996, S. 8.

<sup>5</sup> Pravda Ukrainy, 1.2.1996, S. 1.

Entsprechend einem Ukaz von Präsident Kučma wurde das steuerfreie Mindesteinkommen der Bürger ab 1. Februar 1995 von 780.000 auf 1,4 Mio. Krb. erhöht. Am 12. Oktober 1995 wurde von der Verhovna Rada das monatliche Existenzminimum von 2,6 Mio. Krb. auf 4,8 Mio. Krb. angehoben. Der Präsident der Ukraine nannte diesen Beschluß "populistisch", weil er zu einer noch höheren Inflation führe.<sup>6</sup> Trotzdem beschloß das ukrainische Parlament am 14. Februar 1996 erneut, den Minimallohn und die Mindestrente von 60.000 auf 1,5 Mio. Krb. (etwa 8 Dollar) ab 1. März 1996 zu erhöhen. Das verbessert die Situation kaum, weil nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der parlamentarischen Kommission für soziale Politik und Arbeitsfragen, I. Čiž, etwa 25 Mio. Krb. (etwa 130 Dollar) notwendig sind, um "normal zu leben".<sup>7</sup>

Wie das Ministerium für Statistik der Ukraine mitteilte, verdienen Mitarbeiter von Atomkraftwerken am meisten: 37 Mio. Krb. monatlich (etwa 200 Dollar), in der ölverarbeitenden Industrie sind es 35 Mio., in der Metallurgie 23 Mio. und in der Kohleförderung 22 Mio. Krb. Im Staatsapparat beträgt das Durchschnittseinkommen 12,5 Mio. Krb. Die niedrigsten Einkommen waren in der Landwirtschaft (8 Mio.), in der Dienstleistungsbranche (5 Mio.) sowie im Bildungswesen und im Kulturbereich zu verzeichnen.<sup>8</sup>

### **Die demographische Situation und die Arbeitslosigkeit**

Seit 1992 ging die Bevölkerungszahl in der Ukraine um 750.000 zurück und belief sich zum 1. Januar 1996 auf 51,3 Mio. Einwohner. Die durchschnittliche Lebenserwartung in der Ukraine beträgt heute 69 Jahre. Das Land hat eine "alte" Bevölkerung: 13,6 Mio. oder mehr als ein Viertel der Einwohner der Ukraine sind Rentner, d.h. Männer über 60 und Frauen über 55. Seit der Unabhängigkeit 1991 findet in der Ukraine eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung statt: In jenem Jahr verringerte sich die Bevölkerungszahl um 39.000, 1992 um 100.000, 1993 um 184.000, 1994 um 243.000 und im ersten Halbjahr 1995 um 160.000 Einwohner.<sup>1</sup> Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur, aber fast alle sind mit der andauernden Instabilität, der tiefen Wirtschaftskrise und der steigenden Kriminalität verbunden. Die Sterberate ist wesentlich höher als die Geburtenrate (15,4 gegenüber 9,6 auf 1.000 Einwohner, 1994 14,7 gegenüber 10), weil sehr viele junge Leute sich keine Kinder leisten können oder Existenzängste haben und mit dem Gedanken spielen, dem Land für immer den Rücken zu kehren. So sind in den letzten acht Jahren fast eine halbe Million Menschen aus der Ukraine ausgewandert.<sup>2</sup> 60% dieser Emigranten sind Juden, 40% stellen Ukrainer, Russen, Deutsche und andere. Die Ausreisenden sind überwiegend im arbeitsfähigen Alter - zwischen 25 und 45 Jahre alt; viele von ihnen haben Hochschulabschluß, sehen aber für sich keine Perspektive im Land. Allein 1993 haben 48.000 Menschen die Ukraine in Richtung Westen für immer verlassen, davon 46% Juden, 20% Ukrainer, 13% Russen und andere. 40,2% von ihnen bekamen Einreisegenehmigungen für die USA, 35,4% für Israel, 16,5% für die Bundesrepublik. Fast 4.000 wurden von Kanada, Ungarn, Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik aufgenommen. Im Jahr 1994 wanderten aus der Ukraine 1.980 Deutsche nach Deutschland aus, weitere 819 Deutsche übersiedelten in andere GUS-Staaten, vorwiegend nach Rußland.<sup>3</sup> Seit der Unabhängigkeit 1991 verlassen etwa 50.000 Menschen jährlich die Ukraine. Laut einer von Ju. Sajanenko 1993 durchgeführten Untersuchung, bei der 1.200 Menschen repräsentativ und soziologisch korrekt befragt wurden, haben die Respondenten verschiedenster Nationalität (400 Ukrainer, 200 Russen, je 100 Polen, Juden, Bulgaren, Ungarn, Slowaken und Weißrussen) als Gründe für die Auswanderung genannt: ausbleibende Wirtschaftsreformen 53%, Inkompetenz der Machthabenden 44%, Moralverfall und Kriminalität 41%, fehlende Rechtsreformen und Angst vor

<sup>6</sup> Urjadovjy kur'er, 14.10.1995, S. 1.

<sup>7</sup> Vseukrainskie vedomosti, 16.2.1996, S. 2.

<sup>8</sup> Zerkalo nedeli, 3.2.1996, S. 2.

<sup>1</sup> Holos Ukrajinjy, 31.8.1995, S. 3.

<sup>2</sup> Kievskie vedomosti, 7.2.1996, S. 3.

<sup>3</sup> Kievskie vedomosti, 23.12.1995, S. 4.

ethnischen Konflikten jeweils 26%. Nur 55% der Befragten wollten, daß ihre Kinder und Enkelkinder in der Ukraine bleiben, und 7% hatten die Absicht, das Land für immer zu verlassen.<sup>4</sup>

Die Lage auf dem ukrainischen Arbeitsmarkt ist durch versteckte Arbeitslosigkeit geprägt. 1995 waren 526.900 Bürger offiziell als ohne Beschäftigung registriert (18,2% mehr als 1994), 175.500 von ihnen wurden als arbeitslos geführt (32,8% mehr als 1994). Der Staatsfonds für Beschäftigung hat 1995 958 Mrd. Krb. für Arbeitslose ausgegeben, dabei betrug die Arbeitslosenhilfe 20% des durchschnittlichen Monatslohns im Staatssektor.<sup>5</sup> Weitere 600.000 waren als arbeitssuchend registriert. Gleichzeitig befinden sich 4,5 Mio. Arbeitnehmer in Zwangsurlaub ohne Lohnfortzahlung. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen ist nur die Spitze des Eisbergs, da die staatliche Statistik nur diejenigen berücksichtigt, die sich als arbeitslos gemeldet haben. Im Unterschied zu der offiziellen Arbeitslosenzahl (175.000 oder 0,46% der arbeitsfähigen Bevölkerung) liegt nach Schätzung des IWF die Arbeitslosigkeit bei 3-6%, die verdeckte Arbeitslosigkeit sogar bei 35%. Viele junge Leute verlassen sich nicht auf das staatliche System der Arbeitsvermittlung und lassen sich nicht als arbeitslos registrieren, versuchen sich aber als Kleinhändler im Schwarzhandel. Nicht wenige Bewohner der Ukraine, besonders im Osten des Landes, verdienen ihr Geld im Ausland, vor allem in Rußland. Allein in Moskau sind angeblich hunderttausende "Gastarbeiter" aus der Ukraine als Bauarbeiter und Kraftfahrer tätig. Sie müssen monatelang ohne Familie in Wohnheimen leben; aber das nehmen die Saisonarbeiter in Kauf, weil es zu Hause für sie entweder keine Arbeit gibt, oder sie viel schlechter bezahlt wird.

### **Kriminalität**

Die langjährige Verzögerung notwendiger Reformen trug wesentlich dazu bei, daß eine hochgradige Kriminalisierung der ukrainischen Wirtschaft stattgefunden hat. Die entstandenen marktwirtschaftlichen Strukturen sind "wild" und durch kriminelle und mafiaähnliche Erscheinungsformen deformiert. Viele Unternehmen sind Pseudofirmen, die mit Staatsgeldern manipulieren und von den jeweiligen Ministerien abhängig sind. Die Wirtschaftsnomenklatura, die mit der früheren Parteinomenklatura fast identisch ist, ist jetzt damit beschäftigt, das ehemalige Staatseigentum zu "privatisieren", d.h. sich Monopole und Gewinne zu sichern. Die Machenschaften im Bereich des Kredit- und Bankwesens, bei der Privatisierung und im Immobilienhandel haben besonders große Ausmaße angenommen. 1995 wurden 60 Unternehmer im Zuge der kriminellen Umverteilung von Einflußbereichen ermordet.

Die Wirtschaftslage hat sich 1995 verschlechtert, die allgemeine Kriminalität ist angewachsen. Allein die vom Innenministerium offiziell registrierte Zahl von Verbrechen (642.000) hat sich 1995 um 12,2% erhöht. Der neue Generalstaatsanwalt der Ukraine, G. Vorsinov, hat erklärt, daß die kriminelle Welt aus den "traditionellen Banditen" und den Verbrechern "mit weißer Weste" besteht, und es fast 900 Gruppierungen gäbe.<sup>1</sup>

In der "Schattenwirtschaft" sind Millionen beschäftigt, die keine Steuern zahlen und offiziell entweder arbeitslos oder Mindestlohnempfänger in den Staatsbetrieben sind. Da die Arbeitslosenversicherung ungenügend entwickelt ist, melden sich viele erst gar nicht arbeitslos. Sie schlagen sich mit Gelegenheitsarbeiten durch oder betreiben Handel mit den Grenzstaaten, vor allem mit Polen, der Türkei, der Slowakei, Ungarn und selbstverständlich mit Rußland. Die sogenannten "Čelnoki", die zwischen den Grenzen hin- und herpendeln, bringen nötige Konsumgüter ins Land. Dieser Handel läßt sich nicht von der Statistik erfassen, aber vorsichtigen Schätzungen zufolge kontrolliert die ukrainische Regierung nur 20% der Geldmenge im Land. Steuern zahlen weniger als 50% der Steuerpflichtigen.<sup>2</sup> Die ukrainischen Bürger haben etwa 15 Mrd. US-Dollar ins Ausland

<sup>4</sup> Kievskie vedomosti, 7.2.1996, S. 3.

<sup>5</sup> Urjadovyj kur'er, 8.2.1996, S. 7.

<sup>1</sup> Vseukrainskie vedomosti, 6.2.1996, S. 9.

<sup>2</sup> Kievskie vedomosti, 3.2.1995, S. 7.

gebracht, im Inland befinden sich noch etwa 18 Mrd. US-Dollar im Umlauf und bei Privatpersonen. Außerdem verfügt die Bevölkerung über etwa 100 Mrd. Krb., denen kein Warenäquivalent gegenübersteht.<sup>3</sup>

Die Kriminalität ist mit der "Schattenwirtschaft" und den Geldmengen, die dort kursieren, verbunden. Die Korruption und Bestechlichkeit der Staatsbeamten und die Verflechtung der organisierten Kriminalität mit den Staatsstrukturen stellen eine große Gefahr für die innere Stabilität im Land dar. E. Marčuk, damals noch Erster Stellvertretender Premierminister der Ukraine, sagte bei der ersten Kabinettsitzung im Jahr 1995: "Die korruptesten Menschen im Staat sitzen in diesem Saal".<sup>4</sup>

### Die Stimmungslage

Die neue soziale Stratifikation, der für die Mehrheit der Bevölkerung rapide gesunkene Lebensstandard und die akute Verarmung schaffen Raum für Pessimismus und Nostalgie gegenüber den guten alten Zeiten. Der Vorsitzende der ständigen Parlamentarischen Kommission für Gesetzgebung, Gerichts- und Rechtsreform, V. Stretovič, hat in seinem Wahlbezirk bei einem Treffen mit den Wählern zu hören bekommen: "Wir brauchen für ein paar Jahre Adolf Vissarionovič Pinochet, um im Land Ordnung zu schaffen."<sup>1</sup> Solche Stimmen werden immer lauter. Auch die Intelligenzija ist der Meinung, daß die Mafia fast genausoviel Macht hat wie der Staat. 73% der befragten Chefredakteure von Lokalzeitungen meinten, daß der Präsident den größten Einfluß auf die Prozesse in der Ukraine hat. Fast genauso viele (69%) waren der Ansicht, daß die reale Macht bei der Mafia liege, 47% sahen sie bei den kommerziellen Strukturen, 43% beim Obersten Sowjet und 40% bei der lokalen Verwaltung. Nur 3% nannten die Judikative als einflußreichste Macht in der Ukraine (die Respondenten konnten mehr als eine Position angeben).<sup>2</sup>

Die ukrainische Regierung mit ihrem Kurs der strengen Finanz- und Geldpolitik hat monatelang Lohn-, Renten- und Stipendienzahlungen verzögert. Die Schulden der Regierung gegenüber Bergarbeitern, Lehrern und Beschäftigten im militärisch-industriellen Komplex belaufen sich auf jeweils 78, 25 und 48 Bill. Krb.<sup>3</sup> Das führt zu wachsender sozialer Unzufriedenheit und erhöhter Streikbereitschaft in den betroffenen Branchen. Wegen der andauernden wirtschaftlichen Misere wächst die Enttäuschung über die Marktwirtschaft und die halbherzige Reformpolitik der Regierung. So geht z.B. der Privatisierungsprozeß nur schleppend voran: Der Plan der sogenannten "kleinen" Privatisierung für 1995 wurde zu 58% erfüllt, der "großen" lediglich zu 55,5%. Sogar diese bescheidenen Zahlen beschönigen die reale Situation, weil das Ministerium für Statistik der Ukraine bereits solche Unternehmen als privatisiert bezeichnet, die auch nur eine einzige Aktie verkauft haben. In Wirklichkeit hält der Staat in jedem dritten "privatisierten" Unternehmen das Aktienkontrollpaket.

In der wirtschaftlich instabilen Situation gewinnt soziale Differenzierung an politischer Bedeutung. Nach Angaben von N. Sljusarevskij, Direktor des Zentrums für politische Psychologie, glauben 68% der Befragten, daß Privatisierung ein "Weg in die Sklaverei" ist, 71% sind gegen den Verkauf von Betrieben auf Auktionen, nur 12% sind dafür. Lediglich 11% sind der Meinung, daß die kommerziellen Banken für das Wohl der Ukraine arbeiten, 64% würden für das sofortige Verbot dieser Banken stimmen. Das Farmersystem in der Landwirtschaft unterstützen nur 41% der Befragten (bei der Landbevölkerung ist die Unterstützung noch geringer). Gegen alle Wirtschaftsreformen, die zur Arbeitslosigkeit führen können, sind 57% der Befragten. Das Mehrparteiensystem genießt nur bei

<sup>3</sup> Kievskie vedomosti, 1.2.1995, S. 4.

<sup>4</sup> Pravda Ukrainy, 16.2.1995, S. 1.

<sup>1</sup> Kievskie vedomosti, 15.8.1995, S. 2.

<sup>2</sup> Kievskie vedomosti, 3.2.1995, S. 3.

<sup>3</sup> Kievskie vedomosti, 30.1.1996, S. 3.

33% der Befragten Unterstützung. Dabei sind 53% bereit, die Einschränkungen der Demokratie hinzunehmen, wenn die Ordnung hergestellt und die Kriminalität bekämpft wird.<sup>4</sup>

Auf dem Land gäbe es noch keine Reformversuche, erklärte der Präsident der Ukraine, Kučma. "Verschiedene politische Kräfte beschuldigen den Präsidenten des Ausverkaufs von Grund und Boden, aber 99,9% der Bauern wollen heute die Kollektivbetriebe nicht verlassen. Weshalb redet man eigentlich vom

---

<sup>4</sup> 'Nezavisimost', 18.8.1995, S. 8.

Ausverkauf von Boden?"<sup>5</sup> Radikale Reformen der Besitzverhältnisse sind von der Regierung noch nicht einmal geplant, was den antireformistischen Stimmungen der Mehrheit der Landbevölkerung entspricht. Nach Angaben von SOCIS-GALLUP waren nur 41,4% der Befragten der Meinung, daß die beste Eigentumsform für die Ukraine Privateigentum sei. 28,5% treten für Staatseigentum und weitere 25% für die kollektive Eigentumsform ein.<sup>6</sup>

Der Großteil der Bevölkerung (72%) ist nach Angaben des Mitarbeiters des Instituts für Geschichte der Ukraine, V. Tkačenko, hauptsächlich mit der eigenen materiellen Situation beschäftigt und meint, daß "die Prozesse im Land in die falsche Richtung laufen". Lediglich 2,2% interessieren sich für Probleme der Staatsbildung und für Kontroversen um die Annahme einer neuen ukrainischen Verfassung.<sup>7</sup>

Alexander Ott

---

<sup>5</sup> Zerkalo nedeli, 3.2.1996, S. 2.

<sup>6</sup> Kievskie vedomosti, 20.6.1995, S. 3.

<sup>7</sup> Kievskie vedomosti, 31.1.1996, S. 3.